

großspurig prophezeiten parlamentarischen Mehrheit wurde nichts, schon gar nichts aus dem Kanzlerposten.

Der Beweis ist erbracht: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kann in Westdeutschland mit der Politik von Godesberg und Hannover niemals die Mehrheit gewinnen. Es nutzt nichts, die CDU/CSU-Kriegspartei rechts zu überholen; es nutzt nichts, Programme über Bord zu werfen und die ganze Partei an das Monopolkapital und den Militarismus auszuliefern. Wer gemeinsame Sache mit den Imperialisten macht, statt sie zu bekämpfen, der kann nicht einmal parlamentarisch etwas ausrichten. Selbst wenn man vor der Bourgeoisie auf den Knien rutscht!

Wir dürfen natürlich die ernste Tatsache nicht übersehen, daß viele Westdeutsche - irregeführt und aufgewiegelt durch antikommunistische Hetze - nicht fähig waren, eine klare Entscheidung gegen Krieg und Militarismus zu fällen und der Brandt-Mannschaft die Stimme gaben. Auch große Teile der westdeutschen Arbeiter haben sich weismachen lassen, ihre Stimme für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sei eine Entscheidung gegen Adenauer. Das ist eine Fehlentscheidung. Jetzt erleben sie die Folgen. Wie nicht anders zu erwarten, opfern Brandt, Wehner und Ollenhauer die SPD-Stimmen auf dem Altar der gemeinsamen Politik mit Adenauer und Strauß. Wir haben vor den Wahlen warnend erklärt: Wer Adenauer wählt, wählt Strauß - Wer Brandt wählt, wählt auch Strauß! Genauso ist es gekommen.

Den Betrug, den die SPD-Führung vor den Wahlen begann, setzt sie jetzt fort. Einige Prozent Stimmenzuwachs gibt sie als Wahlerfolg aus. Kann sich ein Sozialdemokrat über einen Stimmenzuwachs freuen,- der offensichtlich aus Kreisen der Revanchisten kommt, die in Brandt ihren Mann sehen, weil er das „letzte Risiko“ fordert?

Was hat ein westdeutscher Arbeiter davon, wenn jetzt 21 sozialdemokratische Abgeordnete mehr im Bundestag sitzen, wenn sie doch nur auf Geheiß ihrer Führung Adenauer-Strauß-Politik machen? Der Bundestag ist geblieben, was er war: ein Eintopfparlament, das nicht die Interessen der Bevölkerung repräsentiert, noch weniger sie vertritt.

Diejenigen Kräfte, die eine echte Alternative zur Adenauer-Politik vertreten, wurden verleumdet, verfolgt und terrorisiert. Durch das Verbot der Kommunistischen Partei sind die Menschen in Westdeutschland der Möglichkeit beraubt, der konsequentesten antimilitaristischen Kraft ihre Stimme zu geben. Die kommunistischen Einzelkandidaten wurden durch Polizei- und Verfassungsschutz daran gehindert, ihre Rechte als Bürger mit passivem Wahlrecht auszuüben. Viele wurden in die Gefängnisse geworfen. Auch eine